



An den Grossen Rat

13.5263.02

ED/P135263

Basel, 4. September 2013

Regierungsratsbeschluss vom 3. September 2013

Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Sextoys basteln als akademische Disziplin?

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Patrick Hafner dem Regierungsrat überwiesen:

„Im offiziellen Newsletter des Zentrums für Gender Studies vom Freitag, 3. Mai 2013 und auf der offiziellen Homepage <http://genderstudies.unibas.ch/aktuelles/agendaeintrag/> bewerben die Universität Basel und das Zentrum für Gender Studies unter Verwendung der offiziellen Logos "Universität Basel", "Uni Basel" und "zentrum gender studies" die Veranstaltung "Do it yourself: Sextoys basteln".

In einer freien Gesellschaft sind wir frei, was wir als Privatpersonen in unserer Freizeit unternehmen. Was aber hat eine solche Veranstaltung im offiziellen Programm der Basler Universität zu suchen, die mit Steuermitteln finanziert wird und die als Universität die Garantin hoher akademischer Qualität und wissenschaftlicher Neutralität und Integrität sein soll?

Wenn man sich diverse Veranstaltungen im Umfeld der Gender Studies anschaut, die im Internet mit dem offiziellen Namen der Universität Basel beworben werden, insbesondere auch die Veranstaltungen der entsprechenden Facebook Gruppe, die ebenfalls unter dem Namen der Universität Basel gemacht werden, tauchen erhebliche Zweifel auf, ob verschiedene Aktivitäten des Zentrums für Gender Studies noch etwas mit wissenschaftlicher Lehre und Forschung zu tun haben.

Es stellt sich sogar die Frage, ob mit diesem Hintergrund die nötige Neutralität und kritische Differenziertheit gegenüber dem Forschungsgegenstand und eine neutrale und sachliche Lehre und Forschung sichergestellt ist. Der Verdacht entsteht, dass Aussagen und Studien aus diesem Institut - oder sogar der ganzen Disziplin der Gender Studies - vielmehr zu Propaganda und politischer Positionierung einer Weltanschauung, eines Menschenbildes und einer Ideologie geworden sind, die wenig mit wissenschaftlichem Verständnis zu tun haben.

Der Anfragesteller bittet die Regierung darum um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welchen Finanzierungsbeitrag leistet der Kanton Basel-Stadt für das Zentrum Gender Studies der Universität Basel? Wer finanziert dieses Zentrum sonst noch und wie stellen sich die entsprechenden Finanzierungsanteile dar?
2. Wurde auch die genannte Veranstaltung aus dem staatlichen Finanzierungsbeitrag ermöglicht? Wenn nein, wie wurde diese finanziert?
3. Wie kontrolliert die Uni Basel die Veranstaltungen, die unter ihrem Namen beworben werden, auf deren akademischen Qualität hin?
4. Wer verantwortet die Qualität des Zentrums Gender Studies (wissenschaftliche Qualität, aber auch weltanschauliche und politische Neutralität)?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass das Beispiel Norwegen gezeigt hat, dass Gender Studies nicht akademisch sind, keine Fortschritte und neuen Erkenntnisse erbringen und gar nicht im Sinne des öffentlichen Interesses sind?

6. Könnte sich der Regierungsrat vor dem Hintergrund, dass Norwegen aus vorgenannten Gründen grosse Teile der staatlichen Unterstützung von Gender Studies gestrichen hat, vorstellen, die Finanzierung für solche Forschungen und Veranstaltungen zu kürzen oder zu streichen?

Patrick Hafner“

Einleitung

Die Schriftliche Anfrage bezieht sich auf einen Anlass der Fachgruppe Gender Studies der Universität Basel. Auf der Homepage des Zentrums Gender Studies findet sich diese Veranstaltung neben anderen, wie:

- So viel Sex! Bedeutung der Sexualisierung im Alltag von Jugendlichen,
- interdisziplinäre Ringvorlesung «ein kritischer Austausch zwischen Naturwissenschaften und Geschlechterforschung»,
- öffentliche Ringvorlesung «Geschlechterverhältnisse in Osteuropa».

Der Veranstaltungsüberblick zeigt, dass die betreffende Fachgruppe nur ausnahmsweise eine eher spielerische Veranstaltung durchgeführt hat, die sich von den Medien so effektheischend ausschlachten liess. Es bleibt auch festzustellen, dass nicht die Publikation auf der Homepage der Universität, sondern erst die politischen Vorstösse (kombiniert mit der Sommerflaute) zum breiten öffentlichen Echo geführt haben. In der öffentlichen Diskussion vollkommen untergegangen ist dabei, dass es bei Titel und Inhalt der Veranstaltung um eine ironische Beleuchtung der zunehmenden Pornographisierung der Gesellschaft ging.

Fachgruppen an der Universität sind freiwillige Zusammenschlüsse von Studierenden, die sich auf eigenständige Weise mit dem jeweiligen Fach beschäftigen. Sie organisieren auch ausseruniversitäre Veranstaltungen und vertreten die Interessen der Studierenden. Die Fachgruppen sind selbstorganisiert und offen für alle Studierenden. Die Fachgruppe Gender Studies organisiert vier «Genderstammtische» pro Semester, die auch für Besucherinnen und Besucher ausserhalb der Universität offen sind. Die in der Schriftlichen Anfrage angesprochene Veranstaltung fand als solcher „Stammtisch“ ausserhalb der Universität in einem Restaurant statt, das gratis zur Verfügung gestellt wurde. Für die umstrittene Veranstaltung kamen also keine öffentlichen Universitätsmittel zum Einsatz, wenn man von den marginalen Mitteln absieht, die zentral bereitgestellt werden, um die Struktur der Studierendenorganisation überhaupt zu ermöglichen. Es ist üblich, dass solche Veranstaltungen aus dem kulturellen Leben der Universität auf deren Homepage und mit ihrem Logo bekanntgemacht werden. Bei dem ausgesprochen breiten Themenspektrum der universitären Welt können dabei auch Inhalte zur Sprache kommen, die nicht die ungeteilte Zustimmung aller gesellschaftlichen Kräfte finden.

Die Schriftliche Anfrage bezieht sich also auf eine Veranstaltung ausserhalb des ordentlichen Lehr- und Forschungsprogramms der Universität. Insofern lassen sich keine Schlussfolgerungen über die akademische Qualität des Zentrums Gender Studies ziehen. Relevant sind die Ergebnisse der ordentlichen Evaluationen.

Vor diesem Hintergrund beantworten wir die einzelnen Fragen wie folgt:

1. *Welchen Finanzierungsbeitrag leistet der Kanton Basel-Stadt für das Zentrum Gender Studies der Universität Basel? Wer finanziert dieses Zentrum sonst noch und wie stellen sich die entsprechenden Finanzierungsanteile dar?*

Der Aufwand des Zentrums Gender Studies betrug im Jahr 2012 1'376'000 Franken. Dieser wurde wie folgt finanziert:

- 490'000 Franken durch universitäre Mittel
- 493'000 Franken durch Bundesmittel
- 364'000 Franken durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF)
- 29'000 Franken übrige Drittmittel.

Wenn die universitären Mittel von 490'000 Franken proportional auf die Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die Zuwendungen anderer Kantone gemäss der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) und den Grundbeiträgen des Bundes gemäss Universitätsfördergesetz (UFG) aufgeilt werden, dann bezahlt der Kanton Basel-Stadt 168'000 Franken für die Gender Studies. Dies entspricht einem Anteil von 12% bezogen auf das Gesamtbudget von 1'376'000 Franken.

2. *Wurde auch die genannte Veranstaltung aus dem staatlichen Finanzierungsbeitrag ermöglicht? Wenn nein, wie wurde diese finanziert?*

Nein, sie wurde aus privaten Mitteln der studentischen Gruppe finanziert.

3. *Wie kontrolliert die Universität Basel die Veranstaltungen, die unter ihrem Namen beworben werden, auf deren akademischen Qualität hin?*

Die Universität Basel kennt verschiedene Formen von Veranstaltungen:

- Veranstaltungen, die von der Zentralen Universitätsverwaltung (Rektorat, Vizerektorate, Verwaltungsdirektion) geplant und durchgeführt werden
- Veranstaltungen, die von Gliederungseinheiten (Fakultäten, Departemente, Institute) geplant und durchgeführt werden
- Veranstaltungen, die von selbst organisierten Gruppierungen (wie Fachgruppen) geplant und durchgeführt werden.

Für die Qualität der jeweiligen Veranstaltungen sind die Organisatoren verantwortlich. Sie haben auch die Möglichkeit, ihre Veranstaltungen auf ihrer Webseite zu bewerben. Eine zusätzliche institutionelle Kontrolle über sämtliche auf der Webseite publizierten Veranstaltungen wird – auch aus Gründen der Ausserungsfreiheit an der Universität – nicht als angemessen erachtet. Die Universität hat mit dieser einfachen und unbürokratischen Handhabung gesamthaft gute Erfahrungen gemacht.

4. *Wer verantwortet die Qualität des Zentrums Gender Studies (wissenschaftliche Qualität, aber auch weltanschauliche und politische Neutralität)?*

Das Zentrum Gender Studies unterliegt den gleichen Qualitätssicherungsverfahren wie die anderen Einheiten der Universität. Wie alle neu eingeführten akademischen Organisationseinheiten ist das Zentrum Gender Studies fünf Jahre nach seiner Gründung von einer internationalen Expertengruppe evaluiert worden und hat dabei bezüglich akademischer Lehre und Forschung ausgezeichnet abgeschnitten. Aufgrund des Evaluationsergebnisses wurde die bis dahin befristet eingerichtete Professur entfristet. Die Einführung der Geschlechterforschung an den Schweizer Universitäten wird seit 2004 auch von der schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) in einem gesamtschweizerischen Projekt gefördert. Leading House für das Vorhaben, die Schweizer Geschlechterforschung auf internationalem Niveau zu etablieren, ist die Universität Basel. Mit Abschluss der laufenden Förderperiode im Jahr 2016 sollen die Gender Studies an den Schweizer Universitäten verankert sein. Der Bund unterstützt dies finanziell. Einen erheblichen Anteil dieser Bundesmittel konnte das Zentrum Gender Studies für Basel akquirieren. Das Projekt wurde nach der zweiten Förderperiode im Rahmen der allgemeinen Evaluationen der SUK-Kooperationsprogramme evaluiert und als ausgezeichnetes Pilotprojekt gewürdigt (vgl. Evaluation der SUK-Kooperationsprogramme „Projets de coo-

pération et d'innovation 2004-2007). Unter anderem aufgrund dieser positiven Evaluation wurde eine weitere Förderung des Programms bewilligt. Darüber hinaus wurde das Graduiertenkolleg-Netzwerk 2006, bei dem das Zentrum Gender Studies Basel ebenfalls Leading House ist, durch das zuständige nationale «Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung» (OAQ) als erstes Graduiertennetzwerk in der Schweiz erfolgreich akkreditiert. Das heisst, das Zentrum wurde inzwischen mehrfach erfolgreich evaluiert und somit die hohe Qualität der dort stattfindenden Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung bestätigt.

5. *Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass das Beispiel Norwegen gezeigt hat, dass Gender Studies nicht akademisch sind, keine Fortschritte und neuen Erkenntnisse erbringen und gar nicht im Sinne des öffentlichen Interesses sind?*

Es ist anzunehmen, dass auf die teilweise einseitige und schlecht recherchierte Medienberichterstattung über die Umorganisation des Nordic Gender Institute (NIKK) durch den Nordischen Rat Bezug genommen wird. Ende 2011 hat der Nordische Rat, eine interstaatliche Institution der Regierungen von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden, nach einer Evaluation war das NIKK Fördermittel in der Höhe von ca. 2 Mio. Franken pro Jahr eingestellt. Gegenstand der Evaluation war das NIKK als Institut und nicht die Geschlechterforschung als akademische Disziplin. Als Kritikpunkt wurde denn auch festgehalten, dass das NIKK seine Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit nicht erfolgreich genug erfüllt habe. Hingegen wurde unterstrichen, dass mit dieser Beurteilung nicht die Forschung der Gender Studies an sich sowie daraus resultierenden Gesetzesänderungen und andere politische Handlungen in Frage gestellt werden. Die zahlreiche Genderprogramme an den Universitäten der nordischen Länder bleiben unangetastet.

6. *Könnte sich der Regierungsrat vor dem Hintergrund, dass Norwegen aus vorgenannten Gründen grosse Teile der staatlichen Unterstützung von GenderStudies gestrichen hat, vorstellen, die Finanzierung für solche Forschungen und Veranstaltungen zu kürzen oder zu streichen?*

Nein. Mit Blick auf den geschilderten Sachverhalt drängt sich das nicht auf.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin